

BASis Info 5/2014

Neues von der Duisburger SPD-
Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas

6.6.2014

Politik, die DU sagt - www.baerbelbas.de



Liebe Leserin, lieber Leser,

Syrien, Ukraine oder China - die weltweiten Krisenherde bestimmen in diesen Wochen leider überall die Titelseiten. Wer weiter blättert, findet aber - sehr sicher sogar - auf den anderen Seiten unsere sozialdemokratischen Projekte: Im Mai haben wir das Rentenpaket beschlossen, die EEG-Reform auf den parlamentarischen Weg gebracht und für mehr Transparenz bei Rüstungsexporten gesorgt. In dieser Sitzungswoche stand die 1. Lesung des Tarifpaketes mit dem flächendeckenden, gesetzlichen Mindestlohn (s. dazu auch Seite 2) und die Modernisierung des Staatsbürgerschaftsrecht in 1. Lesung im Deutschen Bundestag auf der Tagesordnung. Und was mir als sozialdemokratischer Gesundheitspolitikerin natürlich besonders wichtig ist: Wir haben die ungerechten Kopfpauschalen in der gesetzlichen Krankenversicherung endlich abgeschafft.

Das nächste Projekt ist schon auf dem Weg in den Bundestag: In der vergangenen Woche haben wir unser Wahlversprechen eingelöst und mit den Bundesländern stär-

kere Investitionen in Bildung und Forschung von insgesamt 6 Milliarden Euro vereinbart. Wir stocken die Wissenschafts- und Forschungsmittel des Bundes deutlich auf. Wir erhöhen das Sondervermögen für den Kita-Ausbau. Und der Bund entlastet die Länder von ihrem Anteil an den BAföG-Kosten - so dass wir spätestens zum Wintersemester 2016/2017 das BAföG erhöhen können. Falls Sie sich jetzt fragen, welche Projekte eigentlich CDU und CSU gerade auf dem Schirm haben? Das frage ich mich ehrlich gesagt auch.

Bei aller Freude über das starke SPD-Ergebnis bei der Kommunalwahl in Duisburg und bei der Europawahl machen mir die Wahlergebnisse der rechten Parteien große Sorgen. Umso wichtiger, dass wir jetzt selbstverständlich das Votum der europäischen Wähler akzeptieren. Natürlich ist und bleibt Martin Schulz für mich der bessere Präsident für die EU-Kommission. Der EVP-Spitzenkandidat Jean-Claude Juncker hat aber nun einmal die Mehrheit im Europäischen Parlament und muss daher auch Kommissionspräsident

werden. Als Sozialdemokratin einen konservativen Kandidaten zu unterstützen, fällt mir wirklich schwer. Wenn wir den Wählerwillen jetzt aber nicht umsetzen, werden wir noch mehr Menschen zu den rechten Parteien treiben. Vor allem diejenigen, die bei dieser Wahl endlich mal wieder oder zum ersten Mal an die Urne gegangen sind.

In den nächsten Wochen wird ein weiteres Land auf die Titelseiten rücken, aber hoffentlich nur im positiven Sinne: Brasilien. Ich habe mir alle Spiele der deutschen Mannschaft schon mal im Kalender vorgemerkt. Bis zum Finale. Und am letzten Juli-Wochenende startet dann schon wieder die 3. Liga-Saison für unseren MSV. Vor allem die Fans haben mit ihrem beeindruckenden Engagement in den vergangenen Wochen wieder Streifen gezeigt und Zeichen gesetzt. Jetzt heißt es weiter an der Sanierung des Vereins zu arbeiten, aus meiner Sicht haben wir jetzt genug gezittert.

Herzliche Grüße

Bärbel Bas



STICHWORT: Mindestlohn

Die SPD-Bundestagsfraktion liefert weiter ab: Gestern hat der Deutsche Bundestag in 1. Lesung das Gesetz zur Stärkung der Tarifautonomie beraten. Zentraler Bestandteil: der flächendeckende, gesetzliche Mindestlohn von 8,50 Euro. Dieser wird zum 1. Januar 2015 kommen.

Der Niedriglohnsektor ist seit den 90er Jahren in Deutschland stark gewachsen. Über 6,5 Millionen sozialversicherungspflichtig Beschäftigte (jeder Fünfte!) arbeiten zu Niedriglöhnen. Rund 1,4 Millionen Beschäftigte beziehen neben dem Lohn zusätzliche Sozialleistungen, weil das Einkommen nicht zum Leben reicht. Diese Entwicklung stellt auch eine Herausforderung für den Staat dar, der unter einer Erosion der Einnahmehasis der Sozialversicherungen leidet. Daher ist die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns überfällig.

Der Gesetzesentwurf sieht vor, dass die genaue Höhe des Mindestlohns von einer Mindestlohnkommission bestimmt werden soll. Er muss aber bei mindestens 8,50 Euro brutto je Stunde liegen. Die Mindestlohnkommission soll paritätisch aus Arbeitgebern und Arbeitnehmer besetzt werden. Der Mindestlohn von 8,50 Euro wird die Einkommenssituation von fünf Millionen Menschen verbessern. Zugleich wird auch der Staat seine angespannte Haushaltslage um mehr als sieben

Milliarden Euro entlasten. Mindestlöhne leisten einen Beitrag zur Stärkung der Binnennachfrage und der sozialen Sicherungssysteme. Und schließlich geht es aber auch um einen fairen Wettbewerb zwischen Unternehmen. Wer anständige Löhne zahlt, muss vor Dumpingwettbewerb geschützt werden.

In einer Koalition muss man immer auch Kompromisse machen. Die SPD-Bundestagsfraktion hat sich bei den Verhandlungen mit der Union aber dafür eingesetzt, dass nur sehr begrenzte Ausnahmen möglich sind. So werden Langzeitarbeitslose für die ersten sechs Monate der Beschäftigung vom Mindestlohn ausgenommen. Damit wollen wir ihnen eine Brücke in den ersten Arbeitsmarkt bauen. Bei allen Unternehmen mit Tarifverträgen und in allen Branchen, in denen bereits ein Mindestlohn gilt (also z.B. in der Zeitarbeit), bekommen aber auch Langzeitarbeitslose selbstverständlich von Anfang an den Mindestlohn gezahlt. Darüber hinaus wird die Bundesregierung zum 1. Januar 2017 streng überprüfen, ob es Drehtüreffekte gegeben hat und ob diese Ausnahme zu besseren Beschäftigungschancen von Langzeitarbeitslosen geführt hat.

Auszubildende und Minderjährige werden zudem vom Mindestlohn ausgenommen, um Fehlanreize bei der Ent-

scheidung für eine berufliche Ausbildung zu vermeiden. Praktika sind nur dann ausgenommen, wenn sie im Rahmen von Studium oder Ausbildung absolviert werden, nicht länger als sechs Wochen dauern sowie durch Ausbildungs- oder Studienordnung vorgeschrieben sind.

Das Tarifpaket ist aber nicht nur der Mindestlohn. Die Erweiterung des Entsendegesetz ist ein wichtiger Schritt für die Tariflandschaft. Das jetzt auf alle Branchen zu erstrecken, ist der richtige Weg. Zudem können künftig bei öffentlichem Interesse auch Tarifverträge für allgemeinverbindlich erklärt werden, ohne dass das 50-Prozent-Quorum erreicht wird.

Alle Branchen können künftig in ihren Tarifabschlüssen einen Mindestlohn über 8,50 Euro vereinbaren. In der Übergangszeit bis zum 31. Dezember 2016 sind tarifliche Abweichungen allein auf der Grundlage des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes und des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes möglich, auch nach unten. Der große Vorteil dabei ist, dass wir die Tarifbindung in diesen Branchen deutlich erhöhen werden. Wir haben bislang gute Erfahrungen mit den bereits ins Entsendegesetz aufgenommenen Branchen gemacht. Ab dem 1. Januar 2017 gilt der Mindestlohn dann für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.



Mit dem PPP in die USA

Schülerinnen und Schüler sowie junge Berufstätige können sich ab sofort beim Deutschen Bundestag für ein Austauschjahr in den USA im Rahmen des Parlamentarischen Patenschaftsprogrammes (PPP) 2015/2016 bewerben. Ich rufe wieder zum Mitmachen auf und übernehme gerne die Patenschaft. Das Stipendium umfasst die Reise- und Programmkosten sowie die Versicherungskosten. Die StipendiatInnen leben in Gastfamilien und lernen das amerikanische Familienleben aus erster Hand kennen. Informationen und Bewerbungsunterlagen können in meinem Wahlkreisbüro angefordert werden oder direkt un-

ter www.bundestag.de/ppp. Hier können sich Interessierte erstmals auch online bewerben. Bewerbungsschluss ist der 12. September 2014.

PS: Für das Planspiel Zukunftsdialog der SPD-Bundestagsfraktion vom 9.-11. November in Berlin habe ich auch noch einen Platz frei. Alle politikinteressierten jungen Menschen zwischen 18 und 20 Jahren aus meinem Wahlkreis sind herzlich eingeladen, sich bis 30. Juni per Mail an baerbel.bas.wk@bundestag.de zu bewerben. Weitere Informationen zum Planspiel finden Sie hier: www.spdfraktion.de/planspiel.



Bei der großen THW-Übung auf dem Wasser an der Regattabahn habe ich mich von den tollen Leistungen der THWler aus ganz NRW wieder einmal überzeugen können. Und mich bei Gelegenheit auch gleich mal als „Blauer Engel“ in Schale geschmissen.

Besuch der Demenz-WG des Pflegedienstes ALPHA



Zusammen mit meinem Bundestagskollegen Mahmut Özdemir habe ich die Demenzwohngemeinschaften des ALPHA-Pflegedienstes

besucht. Sie zählen zu den 100 Preisträgern des bundesweiten Wettbewerbs „Ausgezeichnete Orte im Land der Ideen“. Der Pflegedienst überzeugte die Wettbewerbsjury mit technischen Systemen, die demenziell Erkrankte in ihrem häuslichen Umfeld oder den ambulanten Wohngemeinschaften in ihrem alltäglichen Leben unterstützen.

Geschäftsführerin Heike Perszewski und der Vorstandssprecher des Sozialwerk St. Georg e.V., Wolfgang Meyer, erklärten uns die Funktionsweise dieser Systeme und stellten uns weitere Projektvorhaben vor. Eine Führung durch die Wohngemeinschaften und verschiedene Gespräche mit den Bewohnerinnen und Bewohnern ergänzten unseren Besuch.

+++Auszug aus meinem Kalender+++

+++14.06.: Verleihung des Julius-Rumpf-Preises im Rathaus+++

+++15.06: Feierstunde im AWO-Seniorenzentrum Lene Reklat+++

+++18.06.: Besuch der Stiftung Würde und Zukunftswerkstatt Kreativ+++

+++23.06.-27.06. & 30.06.-04.07.: Sitzungswochen des Deutschen Bundestages+++

+++01.07.: SPD-Unterbezirksparteitag in der Rheinhausenhalle+++

+++Weitere aktuelle Termine finden Sie immer auf www.baerbelbas.de+++



PL-Europafest 2014 im „Wintergarten“: Statt Wanderung traf sich die Parlamentarische Linke (PL) der SPD-Bundestagsfraktion am 20. Mai zum Europafest im „Wintergarten“. Zum Essen, Trinken, Tanzen und Public Viewing des TV-Duells vor der Europawahl. Rund 250 Abgeordnete, MitarbeiterInnen und Gäste waren dabei - unter anderem die PL-Mitglieder Andrea Nahles und Christine Lambrecht.

Tag der Organspende

Am morgigen 7. Juni ist der Tag der Organspende unter dem Motto: „Richtig. Wichtig. Lebenswichtig.“ Ich möchte auch in meiner BASIS Info für den Organspendeausweis werben. Jede Organspende rettet Leben, denn 11.000 schwerkranke Menschen warten zurzeit in Deutschland auf ein Spendeorgan. Wer einen Organspendeausweis ausfüllt, schafft Klarheit. Für sich ganz persönlich und für die Angehörigen, die in der Akutsituation der Trauer ganz andere Sorgen haben.

Obwohl die meisten Bürgerinnen und Bürger nach eigenen Angaben zu einer Organspende bereit wären, hat



nicht einmal jeder Dritte einen Organspendeausweis. Als häufigsten Grund für die Bereitschaft zur Organspende geben die Befragten an, anderen helfen zu wollen. Viele wären selbst auch froh, ein Organ zu erhalten, wenn sie es benötigen würden. Informationen und der Organspendeausweis zum Download finden Sie auf www.organspende-info.de/

Mein Tagebuch



Unser Beitrag zum MSV-Fanshop-Flashmob: Zum Geburtstag hat mir mein Team u.a. den MSV-FCR-Schal geschenkt. So klappt es am Wochenende gegen Sindelfingen sicher mit dem Klassenerhalt für die Frauen.

In allen MdB-Büros wird zurzeit die Software aktualisiert. Plötzlich hatte ich Probleme mit dem Kalender auf meinem Handy. Antwort der IT: „Das Problem ist bekannt, aber offenbar sind Sie die einzige Abgeordnete, die mit ihrem Handy auch arbeitet.“

Mit drei Wochen Verspätung erreichte mich die letzte Anmeldung für meine Renten-Veranstaltung. Der Absender hatte die Briefmarke auf die falsche Seite der Karte geklebt, die Post die Marke trotzdem abgestempelt—und mir die Karte dann per Einschreiben geschickt.



Bis zum nächsten Mal, ich freu mich drauf, Bärbel Bas